

Initiative Stolpersteine an der B96 Gedenken in Berlin Tempelhof-Schöneberg e.V.



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Geleitwort	3
1 Eva-Maria Buch	4
2 Günther Keil	6
3 Gerti Davidsohn, geborene Tann	8
4 Richard Davidsohn	9
5 Herbert Reinert	10
6 Dr. Gerhard Wartenberg	12
7 Paula Pinczower, geborene Cono	14
8 Dr. Helmut Klotz	16
9 Lilly Lewandowsky	18
10 Franz Klühs	20
11 Max Westphal	22
12 Dr. Erich Kuttner	24
Literaturliste	26
Danksagungen	27



Vorwort

Impressum

© 2009 Stolpersteine an der B 96 –
Gedenken in Berlin Tempelhof-
Schöneberg e. V.
Grüntenstraße 21, 12107 Berlin
Tel.: 030 / 701 789 50
info@stolpersteineB96.de
www.stolpersteineB96.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Lars Rauchfuß
Uwe Januszewski
Dr. Martin Müller-Follert

Registergericht:
Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer VR 27406 B

Bankverbindung:
Stolpersteine B 96 e. V.
Kto.-Nr. 012 974 29 00
Dresdner Bank
BLZ 100 800 00

Gesamtherstellung:
tableau GmbH, Berlin

Die Verlegung von Stolpersteinen ist
ein Kunstprojekt von Gunter Demnig.

Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ist eine bleibende Verpflichtung.

Die Erinnerung an das Leben und Leiden derjenigen, die gequält, gefoltert und ermordet wurden, bestärkt uns, auch heute jeder Form des Rechtsextremismus und des Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.

Stolpersteine sind ein wichtiger Beitrag zum Erinnern und eine besondere Form der Würdigung der Opfer. Sie bewahren die Namen der Menschen, die verfolgt und ermordet wurden, und mahnen uns auf eindringliche Weise, dass Ausgrenzung und Verfolgung in der Nachbarschaft begonnen haben.

Mit zwölf Stolpersteinen gedenken wir jüdischer Menschen, die ihres Glaubens wegen verfolgt und ermordet wurden, erinnern an Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, an Kommunistinnen und Kommunisten, die für ihre politischen Überzeugungen gekämpft haben, und ehren Arbeiterinnen und Arbeiter, die im Betrieb Widerstand gegen den faschistischen Terror geleistet haben.

Die vorliegende Broschüre kann längst nicht lückenlos über das Leben derer, die dem National-


sozialismus zum Opfer fielen, berichten. Sie erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wohl aber können die Sammlung und neuerliche Veröffentlichung einen Beitrag dazu leisten, dass die Schicksale und Leidensgeschichten erinnert und nicht vergessen werden.

Zur Verlegung der Stolpersteine am 6. und 7. März 2009 konnte eine Vielzahl an Projekten realisiert werden. Zeitzeugengespräche gaben denen das Wort, die uns über ihr Schicksal und das ihrer Familie berichten können. In intensiver Zusammenarbeit konnte mit Schülerinnen und Schülern der Eckener-Oberschule eine Schülerzeitung erarbeitet werden. Unterstützung fand das Projekt auch bei Anwohnerinnen und Anwohnern, die sich für diese Form des Gedenkens eingesetzt haben, und bei der Rudolf-Hildebrand-Grundschule, die eine Patenschaft für den Gedenkstein zu Ehren Günther Keils übernommen hat.

Der **Stolpersteine B 96 e.V.** wird sich auch künftig dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus verpflichtet fühlen.

Lars Rauchfuß
Uwe Januszewski
Martin Müller-Follert

Geleitwort

 Am 16. Dezember 1992, dem 50. Jahrestag des Befehls Heinrich Himmlers zur Deportation von Sinti und Roma, setzte der in Berlin geborene Künstler Gunter Demnig einen ersten mit einer Messingplatte versehenen und beschrifteten Stein vor dem historischen Kölner Rathaus in das Pflaster ein. Auf dem Stein zu lesen sind die ersten Zeilen dieses Erlasses. Seitdem sind 17000 »Stolpersteine« in 430 europäischen Städten von Gunter Demnig verlegt worden. In Tempelhof-Schöneberg haben sich mehrere Initiativen mit der Forschung nach Persönlichkeiten beschäftigt, die durch einen »Stolperstein« geehrt werden sollten und inzwischen geehrt wurden.

Aus Mitteln des Bundesprogramms »Jugend für Vielfalt« konnten in Tempelhof-Schöneberg im letzten Jahr zwei Projekte gefördert werden. Die »Initiative Stolpersteine an der B 96 – Gedenken in Berlin Tempelhof-Schöneberg e.V.« hat sich zur Aufgabe gemacht, das Andenken an Verfolgte, Kriegs- und Katastrophenopfer zu wahren. Durch die Arbeit des Vereins sind in unserem Bezirk weitere Lebenswege von Menschen erforscht worden, die dem Nationalsozialismus zum Opfer fielen. Jeder »Stolperstein« erinnert an ein Schicksal als ständige Mahnung.

Ich gratuliere dem Verein für sein Engagement und wünsche ihm für die weitere Arbeit Ausdauer und Kraft.

Angelika Schöttler

Stadträtin für Jugend, Familie und Sport

Tempelhof-Schöneberg



Eva-Maria Buch

Geburtsdatum:

31. Januar 1921

Mariendorf, Hochfeilerweg 23a

Todesdatum:

5. August 1943

1

Am 31. Januar 1921 wurde Eva-Maria Buch in Berlin geboren und wohnte zuletzt in Mariendorf im Hochfeilerweg 23a.

Eva-Maria Buch wurde am 31. Januar 1921 in Charlottenburg als einzige Tochter des Kunstmalers Walter Buch (1887–1956) und dessen Ehefrau Erna (1890–1971) geboren. Die Familie wohnte zunächst in der Tempelhofer Friedrich-Franz-Straße 23, ehe sie etwa 1935 nach Mariendorf in den Hochfeilerweg 23 (heute: 23a) zog. Eva-Maria Buch besuchte die katholische St.-Ursula-Schule, konnte das Abitur wegen der Schließung der Schule durch die Nationalsozialisten allerdings nicht vollenden. Sie arbeitete mehrere Jahre als Buchhändlerin in dem Antiquariat Gsellius und lernte neben der Berufstätigkeit Fremdsprachen.

Geprägt von der Erziehung durch ihre gläubigen Eltern wurde sie tief ergriffen von dem durch die Nationalsozialisten verbreiteten menschlichen Leid und unterstützte – nachdem sie als 20jährige den wissenschaftlichen Antiquar und KPD-Funktionär Wilhelm Guddorf kennenlernte – die Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack. Ab 1940 war Eva-Maria Buch zudem Sprachlehrerin an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin und konnte

so Kontakt zu Harro Schulze-Boysen und Mildred Harnack halten, die beide ebendort tätig waren. Erwiesen ist, dass sie Artikel der für ausländische Zwangsarbeiter bestimmten illegalen Zeitung ›Die innere Front‹ übersetzte und bei deren Verbreitung half.

Nachdem die Gestapo die Gruppe identifiziert hatte, wurde Eva-Maria Buch am 11. Oktober 1942 verhaftet. Zunächst in der elterlichen Wohnung festgehalten, konnte sie Wilhelm Guddorf, der sich telefonisch bei ihr meldete, aber warnen.

Die Hauptverhandlung gegen Eva-Maria Buch – und mit ihr viele Mitglieder der Widerstandsgruppe – fand vom 1. bis zum 3. Februar 1943 vor dem 2. Senat des Reichskriegsgerichts statt. Inzwischen waren auch ihre Eltern wiederholten Verhören und Haussuchungen ausgesetzt und sogar aus ihrer Wohnung verwiesen worden. Die Anklage gegen sie wurde wegen ›Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und Feindbegünstigung‹ erhoben.

Wie fast alle anderen Mitglieder ihrer Widerstandsgruppe wurde Eva-Maria Buch am 3. Februar 1943 zum Tode verurteilt. Eine Begnadigung wurde durch Hitler am 21. Juli 1943 abgelehnt. Am

5. August 1943 ist sie im Alter von 22 Jahren im Zuchthaus Plötzensee durch das Fallbeil hingerichtet worden.

Es ist ein Brief von Eva-Maria Buch erhalten, den sie am Tage ihrer Hinrichtung an ihre Eltern schrieb:



Berlin-Plötzensee, den 5. August 1943

»Meine liebsten beiden, geliebte Eltern!

Ich habe mich so sehr gefreut über Euren Brief, den ich gestern noch erhielt, den allerletzten Gruß von Euch. Nun heißt es tapfer sein. Wir müssen uns jetzt trennen. Meine beiden, Ihr, dass ich Euch diesen ärgsten Kummer nicht ersparen konnte! Aber es ist doch alles gut so, wie es kam. Es war so ein unseliger Zwiespalt in mir, das Erleben der letzten Monate brachte die Lösung. Nun ist alles Ruhe und Freude. Meine Gedanken waren schließlich wieder ganz bei Euch. Eure Treue hat mich tief gerührt. Tausend Dank dafür und für alle Liebe, die Ihr mir gabt. Ich war sehr, sehr froh in der letzten Zeit. Verzeiht mir, Mamale, mein Vaterle. So vieles muss nun auf immer unausgesprochen bleiben, ich muss tief in Eurer Schuld bleiben und hätte doch gern noch wiedergutmacht. Aber gelt, wir gehören zusammen, und ich bleibe immer in Eurer Mitte. –

So lieb hab' ich Euch, so lieb und möchte küssen und streicheln und trösten. Grüßt mir alle lieben Menschen! Auf ein frohes Wiedersehen im anderen Leben. Wartet ab in Geduld, bis auch Ihr gerufen werdet.

Bis zum letzten Atemzuge
Eure Putte«

[zitiert nach Schilde 1988, S. 28]



Geburtsdatum:

5. April 1909

Mariendorf, Richterstraße 48

Todesdatum:

18. August 1937

Günther Keil

2

Günther Keil wurde am 5. April 1909 in Kreuzberg geboren und wohnte seit 1914 mit seinen Eltern (Hermann Keil, 1882–1943 und Paula, geborene Elvers, 1884–1956) und Geschwistern in der Richterstraße 48 in Mariendorf. Wegen guter Schulleistungen (in der 9. Volksschule in der Friedenstraße 23) konnte er zwar für kurze Zeit die Eckener-Oberrealschule besuchen, musste aber von seinen Eltern dort wieder heruntergenommen werden, nachdem der Vater wegen seines Engagements als Betriebsrat seine Stellung verloren hatte. Günther Keil absolvierte deshalb eine Lehre als Verkäufer.

Seit 1925 war er Mitglied des Jungbanners, der Jugendorganisation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, und trat 1928 in die SPD ein. Als sich deren linker Flügel 1931 als Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) formierte, wechselte er dorthin. Er war Tempelhofer Ortsvorsitzender dieser nur bis 1933 existierenden Organisation.

Um seine Familie nicht zu gefährden, war er 1933 in ein möbliertes Zimmer in den Stadtbezirk Mitte (Breite Straße 29) umgezogen.

Er arbeitete illegal und leitete den Schutzbund der SAP. Außerdem war er verantwortlich für

Kurierdienste zwischen Berlin und der Tschechoslowakei, von wo aus die SAPD den Widerstand organisierte. Als die Gestapo diese Verbindung entdeckte, wurde er im November 1933 verhaftet und in einem Charlottenburger SA-Gefängnis schwer misshandelt.

Am 1. Dezember 1933 kam Günther Keil in das KZ Columbia-Haus, wo er ein weiteres Jahr schwer misshandelt wurde.

Anschließend kam er in das Konzentrationslager Oranienburg, wo er ebenfalls schwere Misshandlungen erlitt. Der Prozess gegen Günther Keil und andere SAP-Angehörige vor dem Volksgerichtshof fand erst vom 26. November bis 1. Dezember 1934 in Berlin statt. Er wurde zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Als er 1936 wieder freikam, war er ein kranker Mann. Am 18. August 1937 starb er in einem Tuberkulose-Krankenhaus in Beetz Sommerfeld an den Folgen der Misshandlungen. Er wurde auf dem Friedhof Mariendorf in der Friedenstraße beigesetzt.

Ebenfalls im November 1933 inhaftiert wurde der SAP-Vorsitzende Stefan Szende, der die gemeinsame Haftzeit in dem Charlottenburger SA-Gefängnis in seinen Lebenserinnerungen beschrieb.



ben hat. [Er schreibt nicht in der Ich-Form, sondern aus Distanzgründen von sich als Stefan]:

»Frühmorgens lieferten die SA-Männer Günter K., den Verantwortlichen für den Kurierdienst in Berlin, ein. Er wurde nicht in den Keller zu den anderen gebracht, sondern direkt in die Folterkammer. Stefan und seine Freunde hörten im Nebenraum jeden Schlag, jeden Schrei. Es vergingen etwa zwei Stunden fürchterlicher und ständiger Bearbeitung des neuen Gefangenen. Günther sprach kein Wort. Er schrie unartikuliert. [...]

Auch Stefan wurde erneut misshandelt. Bald war die Folterkammer voll von Günthers und Stefans Blut. Eine Frau aus dem gemeinsamen Keller musste von Zeit zu Zeit das Blut aufwischen. Nachdem sie das mehrmals getan hatte, rannte sie mit voller Wucht mit dem Kopf gegen die Wand, um Selbstmord zu begehen. Aber es gelang ihr nicht. Sie trug nur blutende Wunden im Gesicht und am Kopf davon. Sie wurde beim Blutaufwischen von einer anderen Gefangenen abgelöst. ...

Wegen der Torturen versuchte Günther Keil, sich mit den Brillengläsern die Pulsadern aufzuschneiden.

Er blutete 20 bis 25 Minuten, ehe der Selbstmordversuch entdeckt wurde. Hastig riefen sie einen Arzt herbei; Sanitäter und hohe Offiziere kamen. Aus unersichtlichen Gründen wollten die Nazis zu dieser Zeit keine Toten haben. [...] Nach dem enormen Blutverlust, nach mehr als 24 Stunden qualvollen Verhörs, zitterte der Vierundzwanzigjährige am ganzen Körper: »Ich kann nichts mehr ertragen. Sie lassen mich nicht sterben. Sie prügeln. Immer mehr. Das kann ich nicht mehr aushalten«, stotterte der athletisch gebaute, mutige Genosse. Tränen strömten über das verstörte Gesicht.« [Szende, 1975, S. 24 ff.]



Gerti Davidsohn, geborene Tann

Geburtsdatum:

7. Juni 1885

Mariendorf, Königstraße 29

Todesdatum:

8. Mai 1945

3

Am 7. Juni 1885 wurde Gerti Tann in Geierswalde in Ostpreußen geboren.

Sie war seit dem 4. Oktober 1925 mit Richard Davidsohn verheiratet, mit dem sie 1929 nach Mariendorf in die Königstraße 29 zog. Gerti und Richard Davidsohn hatten drei Söhne: Der am 10. November 1903 geborene Martin Davidsohn wurde Bankbeamter. Er starb am 13. September 1929 bei einem Eisenbahnunfall. 1907 kam Helmut Davidsohn zur Welt. Er flüchtete vor der Gestapo über London nach Südafrika, wo er am 23. Januar 1944 an Enkräftung starb. Am 29. September 1910 wurde der dritte Sohn Egon geboren, der als einziges Familienmitglied überlebte. Er war 1936 ebenfalls nach Südafrika geflohen und lebte dort in Port Elisabeth.

Gerti Davidsohn betrieb gemeinsam mit ihrem Mann ein Bekleidungsgeschäft, das im Erdgeschoss ihres Wohnhauses lag. Da die Front mit zwei Schaufenstern sowie der Eingang zur Chausseestraße (ab 1949 Mariendorfer Damm) lagen, galt als Anschrift Chausseestraße 32. Das Geschäft befand sich in guter Lage und hatte genug Kundschaft, um mehrere Angestellte beschäftigen zu können.

Um 1934 war die Familie gezwungen worden, in eine kleinere Wohnung in der Kurfürstenstraße 65 umzuziehen. Trotz der zunehmenden Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung aus der Wirtschaft konnte der Familienbetrieb auch noch nach dem ›Judenboykott‹ vom 1. April 1933 und den weiteren Beschränkungen der Erwerbstätigkeit in den folgenden Jahren bis Anfang der vierziger Jahre bestehen. Zu diesem Zeitpunkt waren die beiden Söhne Helmut und Egon bereits vor den Übergriffen durch Gestapo und SA aus Berlin geflüchtet.

Am 19. Januar 1942 wurde Gerti Davidsohn gemeinsam mit ihrem Ehemann mit dem 9. Ost-Transport in das Lager Riga deportiert. Seitdem gibt es kein Lebenszeichen mehr von ihr. Als offizieller Todestag wurde der 8. Mai 1945 festgesetzt.



Geburtsdatum:

6. März 1873

Mariendorf, Königstraße 29

Todesdatum:

8. Mai 1945

Richard Davidsohn

4

Richard Davidsohn wurde am 6. März 1873 in Preußisch Stargard geboren.

Er lebte seit 1929 mit Gerti Davidsohn und ihren drei Söhnen in einer 3–4-Zimmer-Wohnung in der Königstraße 29 in Mariendorf. Unter dieser Anschrift findet sich der Eintrag »Richard Davidsohn, Kaufmann« auch im »Jüdischen Adressbuch für Groß-Berlin« von 1929/30.

Richard Davidsohn war zunächst als gelernter Bekleidungskaufmann Angestellter in einem Bekleidungsgeschäft. Nachdem er sich in Zehlendorf durch die Übernahme eines Geschäfts selbstständig gemacht hatte, betrieb er gemeinsam mit seiner Ehefrau Gerti ein Bekleidungshaus in der Chausseestraße 32 (Ecke Königstraße 29) in dem Haus, in dem die Familie auch wohnte. Das Geschäft konnte auch noch nach dem Judenboykott 1933 aufrechterhalten bleiben. Trotz der Beschränkung der Erwerbstätigkeit aufgrund der »Nürnberger Gesetze« bestand es nach den vorliegenden Informationen bis 1940, musste dann aber aufgegeben werden.

Ungefähr 1934 war die Familie gezwungen worden, in eine kleinere Wohnung in der Kurfürstenstraße 65 umzuziehen. Zusätzlich zu der Einschränkung seiner Erwerbstätigkeit musste

Richard Davidsohn seit dem 19. September 1941 auch den »Judenstern« tragen.

Am 19. Januar 1942 wurde Richard Davidsohn gemeinsam mit seiner Ehefrau Gerti und 577 weiteren Jüdinnen und Juden mit dem 9. Ost-Transport nach Riga deportiert. Weil das genaue Datum seiner Ermordung nicht geklärt werden konnte, wurde Richard Davidsohn mit dem Datum 8. Mai 1945 für tot erklärt.



Geburtsdatum:
5. Februar 1906
Tempelhof,
Friedrich-Karl-Straße 5
Todesdatum:
22. September 1944

Herbert Reinert

5

Am 5. Februar 1906 wurde Herbert Reinert in Berlin geboren und wohnte in Tempelhof in der Friedrich-Karl-Straße 5. Der gelernte Maschinenschlosser war seit 1936 bei der Daimler-Benz AG in Marienfelde beschäftigt, zuletzt als technischer Revisor. Das Daimler-Werk (heute in der Daimlerstraße 143) bestand in den Jahren 1933 bis 1945 aus drei Teilwerken, in denen bereits in der ersten Hälfte der 1930er Jahre Rüstungsproduktion (Panzerwagen, Sturmgeschütze und -haubitzen) betrieben wurde.

Herbert Reinert war Mitglied des Arbeitersportvereins ›Fichte‹ und gehörte schon früh zu den Gegnern des Nationalsozialismus. Durch den Zusammenhalt der Arbeitersportler – der nach der Zwangsauflösung ihrer Sportorganisationen 1933 teils durch Beitritt in »bürgerliche« Vereine, teils durch gemeinsame Freizeitgestaltung in kleinen, befreundeten Gruppen aufrechterhalten blieb – konnte der betriebliche Widerstand maßgeblich initiiert und gestärkt werden. So waren auch für Herbert Reinert die über Jahre des gemeinsamen Arbeitersports gewachsenen Kontakte mit Kollegen aus dem »ASV Fichte« – dem auch Paul Hirsch angehörte – wichtig für die spätere Widerstandsarbeit.

Erwiesen ist die Beteiligung Herbert Reinerts an der betrieblichen Widerstandsarbeit des »Kampfbundes« (kurz: KB), der 1939 von ehemaligen KPD-Mitgliedern gegründet wurde. Der Kopf des KB, Erich Prenzlau, und die Führungsmitglieder Wilhelm Jakob, Gustav Dziobaka und Ernst Kühn hatten in vielen Tempelhofer Betrieben Widerstandsgruppen aufbauen können, die akribisch organisiert waren: Neben Decknamen und kleinen Erkennungsmarken gab es sogar den eigenen Gruß »Kampfbereit«. Die Betriebsgruppe des KB bei Daimler wurde von dem Dreher Erich Krause (KB) geleitet und teilte sich in mehrere kleine Gruppen auf, denen 1938 ungefähr 50 Arbeiter angehörten, die vor 1933 meist Mitglieder der KPD und der SPD waren. Die Illegalen produzierten eigene Propagandaschriften, wie die »Rote Fahne«, »Was will der KB?«, »Tagesbefehl des Genossen Stalin« und die Betriebszeitung »Arbeiter- und Soldatenrat«, organisierten Sammelaktionen und Lotterien für bedürftig gewordene Kollegen und bemühten sich, die Kriegsproduktion durch »Arbeitslangsam«-Bewegungen zu sabotieren.

Nach einer ersten Verhaftungsaktion im Jahre 1938, bei der mehrere Ingenieure in das KZ Sachsenhausen gebracht wurden, erfolgte im Mai 1943 ein zweiter, umfassenderer Schlag



gegen die Betriebszelle. Nach mehreren Prozessen im März 1944 wurden viele Belegschaftsmitglieder zum Tode verurteilt und im Juli und August 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Herbert Reinert wurde wegen seines antifaschistischen Widerstands im Kammergerichtsprozess »Reinke und Genossen« gemeinsam mit anderen Beschäftigten der Firma Daimler-Benz angeklagt. Ihnen wurde vorgeworfen, »im Frühjahr 1943 zu Berlin im Betrieb der Firma Daimler-Benz teils

durch Beitritt und Werbung, teils durch Geldunterstützung die hochverräterischen Bestrebungen des kommunistischen Kampfbundes unterstützt und sich damit zugleich der Wehrkraftzersetzung und der Feindesbegünstigung schuldig gemacht zu haben« (aus der Anklageschrift).

Er wurde zum Tode verurteilt. Das Todesurteil gegen ihn wurde am 22. September 1944 im Zuchthaus Plötzensee vollstreckt.



Dr. Gerhard Wartenberg

Geburtsdatum:

1. Februar 1904

Tempelhof, Alt-Tempelhof 9–11
(vormals Dorfstraße 25)

Todesdatum:

22. Dezember 1942

„Von Kindheit an ist mein Mann ein Mensch gewesen, der mit dem Intellekt die geistige Freiheit der Menschen erstrebte. Seine Anständigkeit und seine Hochachtung vor dem Mitmenschen brachten ihn selbstverständlich in schwere Konflikte mit dem Hitlerregime. Leider musste der Intellekt der Gewalt weichen. Ein charaktvoller Mensch musste viel zu früh aus dem Leben scheiden.“

[Käte Wartenberg nach 1945 über ihren Mann Gerhard in einem Schreiben an die Entschädigungsbehörde, Quelle: LA Berlin, Entschädigungsakte]

6

Gerhard Wartenberg wurde am 1. Februar 1904 als Sohn von Max und Martha Wartenberg, geborene Lippke, im thüringischen Tannroda geboren. Sein Vater war selbstständiger Porzellan- und Schildermaler, die Familie sozialdemokratisch geprägt.

Seine Schulausbildung schloss Gerhard Wartenberg auf der Oberrealschule in Leipzig mit dem Abitur im Jahre 1922 ab. Wenngleich seine Eltern nicht vermögend waren, konnten sie ihm ein Chemiestudium an der Universität in Leipzig ermöglichen, das er 1928 mit der Promotion zum Dr. phil. abschloss.

Das Studium der Chemie führte ihn 1928 zunächst als Chemiker zur Bergmann Kabelwerke AG nach Berlin, im Herbst 1929 arbeitete er – ebenfalls für nicht mehr als ein Jahr – als Chemiker für die französische Firma ›Produit photographiques et plastiques‹ in Pereslawl nahe Moskau. 1930 aus

der Sowjetunion nach Berlin zurückgekehrt, widmete er sich als Arbeitsloser vor allem seiner politischen und publizistischen Tätigkeit.

1930 heiratete Gerhard Wartenberg Käte Pietzuch, die er seit 1928 kannte. Ihre Tochter Ilse wurde am 29. Juli 1931 geboren. Bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung lebte die Familie gemeinsam in der Alsenstraße in Steglitz.

Bereits im Jahre seines Schulabschlusses war Gerhard Wartenberg der Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend Deutschlands (SAJD), der Jugendorganisation der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD), beigetreten, 1927 folgte sein Eintritt in die FAUD. Das Engagement für den Anarcho-Syndikalismus begleitete ihn sein Leben lang, prägte seine publizistische Tätigkeit und ließ ihn zu einem der bekanntesten Vertreter des deutschen Syndikalismus werden.



1932 erschien unter dem Pseudonym H.W. Gerhard seine wohl bedeutendste Broschüre für die FAUD: »Über Hildburghausen ins dritte Reich«. Der Titel ist als Anspielung zu lesen: 1932 wurde Adolf Hitler nach der Ernennung zum Gendarmeriekommissar in Hildburghausen im schon zu dieser Zeit NSDAP-regierten Bezirk Braunschweig eingebürgert.

Die Karikatur auf dem Titel der Broschüre belegt, dass Gerhard Wartenberg bereits vor der Machtergreifung die nationalsozialistische Gefahr in ihren ganzen Ausmaßen vorhersah und bereits 1932 vor faschistischem Massenmord und Gewalt-

herrschaft warnte. In seiner Schrift unterstreicht er diese Position: »Eine faschistische Regierung muss sofort im Augenblick ihrer Entstehung gestürzt werden, sonst setzt sie sich fest, erobert den Staat und errichtet ein diktatorisches Regime, wie wir das in Italien und vielen anderen Ländern sehen.« [Zweite Auflage, Seite 28]

Wartenberg verband seine Warnung mit der Bloßstellung des Nationalsozialismus als die menschenfeindliche und die Arbeiterbewegung bekämpfende Ideologie, die sie jenseits der von der NSDAP

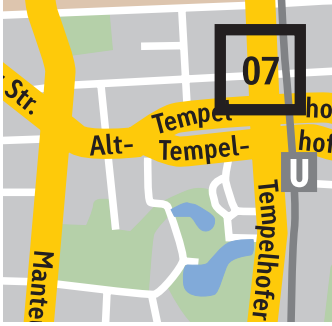
benutzten sozialistischen Phrasen tatsächlich ist. Die Broschüre wurde 1933 verboten, ihre Verbreitung zudem durch die Zwangsschließung des Verlags »Der Syndikalist« verhindert.

Am 9. März 1933 wurde die Geschäftsstelle der FAUD besetzt und die politische Arbeit musste konspirativ in der Illegalität fortgesetzt werden. Infolge seiner Texte für das »Arbeiter-Echo« (der Nachfolge-Titel des »Syndikalist«) wurde er am 20. Mai 1933 wegen »Aufforderung zum Ungehorsam« zu zwei Monaten Haft verurteilt, deren Vollstreckung er sich jedoch entziehen konnte.

Bei einer Schwester seiner Mutter fand er in der Tempelhofer Dorfstraße 25 – der heutigen Anschrift Alt-Tempelhof 9–11 – eine illegale Unterbringung, ehe er flüchten und sich bei seinen Eltern in Leipzig verstecken konnte. Käte und Ilse Wartenberg folgten ihm im Jahre 1934 von Berlin nach Leipzig.

Am 7. Mai 1937 konnte sich Gerhard Wartenberg der Verhaftung nicht mehr entziehen. Er wurde am 6. April 1938 vom Volksgerichtshof zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt und nach Strafablauf 1942 in das Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert. Dort wurde er am 22. Dezember 1942 ermordet.





Paula Pinczower, geborene Cono

Geburtsdatum:
25. Dezember 1878
Tempelhof,
Tempelhofer Damm 138
(vormals: Berliner Straße 53)
Todesdatum:
unbekannt

7 Paula Cono wurde am 25. Dezember 1878 in Mannheim als Kind einer angesehenen Familie geboren. In Heidelberg lernte sie den Medizinstudenten Ephraim Pinczower kennen, den sie 1908 heiratete. Bereits 1907 hatte sich Dr. Pinczower in Tempelhof, Berliner Straße 53 (heute: Tempelhofer Damm 138), als praktischer Arzt niedergelassen. Paula Pinczower unterstützte ihren Mann beim Aufbau der Praxis und empfing die Patienten, »wobei sie keinen Unterschied machte, ob es sich um einen Kassen- oder Privatpatienten handelte« (aus einem Brief ihres Neffen Felix Pinczower in Tel Aviv).

Während des Ersten Weltkrieges war Dr. Pinczower in Militärlazaretten tätig. Mit tatkräftiger Unterstützung seiner Frau eröffnete er nach dem Kriege seine Praxis wieder.

In den 1920er Jahren war die Tempelhofer Wohnung des Ehepaares Pinczower, in der sich eine der wertvollsten jemals in privater Hand in Deutschland vereinten Sammlung von Judaica-Büchern befand, ein beliebter Treffpunkt jüdischer Wissenschaftler. Im Parterre des Hauses befand sich seit 1910 die private Synagoge der »Jüdischen Vereinigung Tempelhof-Marienfelde«, deren Vorsteher Dr. Pinczower war.

Ephraim Pinczower starb am 12. März 1930 an einem schweren Herzleiden, hatte aber noch zu Lebzeiten bestimmt, dass nach seinem Tode die Bibliothek verkauft werden solle, um den Lebensunterhalt seiner Witwe abzusichern. Nach dem Tode ihres Ehemannes lebte Paula Pinczower mit ihrer Schwester zusammen, die ebenfalls verwitwet war.

Als Alleinerbin ihres Mannes hatte sie zunächst keine finanziellen Probleme. Dies änderte sich mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933. Paula Pinczower wurde gezwungen, eine Lebensversicherung zu kündigen, und das ausgezahlte Geld wurde ihr beschlagnahmt. Auswanderungspläne zerschlugen sich, da Paula Pinczower keine Möglichkeit fand, ihr Vermögen auf legalem Wege ins Ausland zu transferieren. Ohne diesen Vermögenstransfer wäre die fast 60jährige Frau mittellos gewesen. Außerdem wollte sie ihre Schwester nicht alleine im nationalsozialistischen Berlin zurücklassen. Die große Fünf-Zimmer-Wohnung konnte von den beiden Frauen auf die Dauer nicht finanziert werden. Zwischen 1934 und 1938 findet sich im Berliner Adressbuch kein Eintrag. Paula Pinczower – was aus ihrer Schwester wurde, ist bisher unbekannt – zog nach Wilmersdorf in die Prinzregen-



tenstraße 91 um. Ab 1938 wird ihr Name unter der genannten Adresse nachgewiesen. Anzunehmen ist, dass die wertvolle Einrichtung der Tempelhofer Wohnung, unter anderem zahlreiche Bilder, zugunsten des nationalsozialistischen Staates versteigert wurde. Paula Pinczower (und ihre Schwester) sollte am 28. März 1942 nach Trawniki deportiert werden. Alle für Trawniki bestimmten Transporte gelangten aber nicht an ihren Zielort. Paula Pinczower gilt offiziell als verschollen.



Geburtsdatum:

30. Oktober 1884

Tempelhof, Manfred-von-

Richthofen-Str. 221

[vormals: Hohenzollernkorso 38 a]

Todesdatum:

3. Februar 1943

Dr. Helmut Klotz

8

Am 30. Oktober 1884 wurde Helmut Paul Gustav Adolf Klotz als Sohn des Oberverwaltungsgerichts- und Ministerialrats Dr. Gustav Adolf Klotz und seiner Ehefrau Johann Pauline, geborene Manger, in Freiburg im Breisgau geboren. Nach dem Abitur ging er 1912 als Kadett zur Marine, war im Ersten Weltkrieg Marineflieger und erhielt hohe militärische Auszeichnungen. Nach dem Krieg studierte er bis 1922 Staatswissenschaften, promovierte und war anschließend als Schriftsteller tätig.

1922 wurde er Mitglied der NSDAP und nahm am 9. November 1923 in München als SA-Führer an dem Putschversuch an der Seite Adolf Hitlers teil. Er wurde deswegen verhaftet und entwickelte sich während der Haftzeit bis Anfang 1924 zu einem Gegner des Nationalsozialismus. Ende 1924 wurde er aus der nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen. Im Jahre 1929 trat er in die SPD und in das ›Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold‹ ein. Seit November 1931 war Dr. Helmut Klotz in zweiter Ehe mit Marie von Bechthold verheiratet. Ihr Sohn Wilhelm ist 1944 gefallen. Der ersten Ehe von Klotz entstammt der Sohn Hans Helmut. Die Familie Klotz wohnte bis 1932 in Tiergarten, Siegmunds Hof 12, und 1933 bis zur Emigration in Neu-Tempelhof, Hohenzollernkorso 38a [heute: Manfred-



von-Richthofen-Straße 221]. Dr. Helmut Klotz war zu dieser Zeit in der Tempelhofer SPD und im bezirklichen Reichsbanner aktiv.

Nachdem er 1932 die Broschüre ›Der Fall Röhm‹ mit Briefen des SA-Stabschefs Ernst Röhm herausgegeben hatte, kam es am 12. Mai 1932 im Restaurant des Reichstages zu einer Prügelei zwischen Abgeordneten der NSDAP und ihm. Sie hatten ihn wegen der umstrittenen Schrift mit Bezug auf die Homosexualität Röhm's angegriffen. Diese Ereignisse beeinflussten die Plenarsitzung des Reichs-



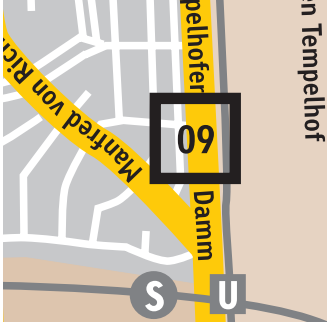
tags und führten zur Festnahme von vier NSDAP-Reichstagsabgeordneten. Seit Veröffentlichung dieser Schrift richtete sich der Hass der Nationalsozialisten gegen Helmut Klotz, der seitdem ständiger Bedrohung durch Verschleppung oder Ermordung ausgesetzt war.

Bevor Dr. Klotz im Februar 1933 von einem SA-Kommando aus seiner Wohnung am Hohenzollernkorso verschleppt werden konnte, gelang ihm die Flucht. Nach einem kurzen Aufenthalt in Prag kam er im Mai 1933 nach Paris. Hier entwickelte er eine rege

publizistische Tätigkeit gegen den Faschismus. Seine Pariser Wohnung in der Rue de Dantzig war ein Treffpunkt sozialdemokratischer Exilanten. Wegen Zusammenarbeit mit Kommunisten im Sinne einer Volksfront gegen den Nationalsozialismus wurde er 1934 aus der SPD-Ortsgruppe Paris ausgeschlossen. Er arbeitete im Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront mit. Im gleichen Jahr wurde ihm am 29. März von den Nazis die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen.

Er nahm 1936 als Flieger der spanischen Luftwaffe auf der Seite der republikanischen Regierung am Bürgerkrieg teil und wurde militärischer Berater der Regierung. Von 1939 bis 1940 war er Berater des französischen Kriegsministeriums.

Im Juli 1940 wurde er nach der Besetzung von Paris durch die deutschen Truppen verhaftet. Nachdem er in das Deutsche Reich zurückgebracht wurde, ist er im Konzentrationslager Sachsenhausen gefangengehalten worden. Am 27. November 1942 wurde er vom Volksgerichtshof wegen »Hoch- und Landesverrats« zum Tode verurteilt. Dr. Helmut Klotz wurde am 3. Februar 1943 im Zuchthaus Plötzensee hingerichtet.



Geburtsdatum:
25. Dezember 1889
Tempelhof,
Tempelhofer Damm 84
(vormals: Berliner Straße 33b)
Todesdatum:
8. Mai 1945

Lilly Lewandowsky

9

Lilly Lewandowsky wurde am 25. Dezember 1889 in Santomischl in der damaligen Provinz Posen geboren. Ihr Vater war der Kantor Max Lewandowsky. Er starb am 20. Oktober 1920 in Posen. Die Mutter Marie Lewandowsky, geborene Silberstein, starb am 5. Dezember 1939 in Berlin und wurde auf dem Jüdischen Friedhof in Weißensee begraben.

Bis zum 12. Lebensjahr besuchte Lilly Lewandowsky eine Volksschule und anschließend das Knethesche Lyceum in Posen. Nach der Handelsschule wurde sie bei einer Posener Getreidefirma eingestellt, wo sie sich zur Prokuristin emporarbeitete. Nachdem als Folge des Ersten Weltkrieges Posen an Polen fiel, übersiedelte sie mit der Getreidefirma Georg Bernhardt nach Berlin. Als deren Eigentümer starb und die Firma aufgelöst wurde, war sie kurze Zeit in der Getreidefirma Hugo Mettek & Co. tätig, bevor sie bei Sigismund Marcus eintrat, wo sie wieder Prokura erhielt. Auch diese Firma wurde nach dem Tod des Chefs aufgelöst. Frau Lewandowsky ging als Einkäuferin zu Butter-Nordstern, bevor sie sich 1931 als Handelsvertreterin in der Lebensmittelbranche selbstständig machte.



Nach dem ›Judenboykott‹ im April 1933 und den daran anschließenden zunehmenden Behinderungen ihrer beruflichen Tätigkeit ging das Geschäft mehr und mehr zurück. Nach dem Pogrom am 9. November 1938 gab sie es ganz auf.

Lilly Lewandowsky wohnte zusammen mit ihrer Mutter in Tempelhof, Berliner Straße 33b (heute Tempelhofer Damm 84). Aus Rücksicht auf ihre hochbetagte Mutter versuchte sie nicht auszuwandern. Als Marie Lewandowsky im



Dezember 1939 starb, hatte sich eine mögliche Auswanderung von Lilly nach Palästina wegen des Krieges zerschlagen. Bis zu ihrer Deportation blieb sie in ihrer alten Wohnung.

Am 28. März 1942 sollte sie mit dem 11. Ost-Transport in das Konzentrationslager Trawniki (bei Lublin) deportiert werden. Da alle für dieses KZ

bestimmten Transporte nicht dorthin gelangten, ist nicht mit Sicherheit festzustellen, wo Lilly Lewandowsky ermordet wurde. Offiziell wurde sie für den 8. Mai 1945 für tot erklärt.



Franz Klühs

Geburtsdatum:

5. Mai 1877

Tempelhof, Kleineweg 77

[vormals: Kaiserkorso 102]

Todesdatum:

7. Januar 1938

10

Franz Klühs wurde am 5. Mai 1877 in Neuenkirchen auf Rügen als Sohn eines Landbriefträgers geboren. Nach dem Schulabschluss an der Volksschule lernte er den Beruf des Schriftsetzers.

Bereits im Alter von 18 Jahren trat Franz Klühs der SPD bei und arbeitete ab 1900 als Redakteur vor allem in der sozialdemokratischen Parteipresse in Breslau, Forst [Lausitz] und Magdeburg mit, bis er 1920 als stellvertretender Chefredakteur zum »Vorwärts« nach Berlin wechselte.

In Berlin lebte Franz Klühs mit seiner ebenfalls politisch engagierten Ehefrau Gertrude, geborene Thape [1893–1976] und den beiden Kindern Alfred [1920–1968] und Dörte [1928–1984] in Tempelhof am Kaiserkorso 102 [seit 1936: Kleineweg 77].

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde der »Vorwärts« als SPD-Organ am 28. Februar 1933 verboten und von den Faschisten beschlagnahmt. Am 22. Juni 1933 folgten das Verbot der SPD und die Verschleppung und Verfolgung ihrer Funktionäre und Mitglieder. Um seinen Lebensunterhalt verdienen zu können, richtete der nun arbeitslose Franz Klühs gemeinsam mit seiner Frau eine Leihbücherei in ihrem Haus

im Kaiserkorso ein, die aber überwiegend von politischen Freunden genutzt wurde und nur wenig Ertrag einbrachte. Das kleine Geschäft diente zu dieser Zeit als illegaler Treffpunkt für SPD-Mitglieder.

Trotz der Repressalien entschied sich Franz Klühs aus politischen Gründen gegen die Emigration, »weil man die Freunde und Genossen nicht im Stich lassen könne«, wie sein Schwiegersohn Fritz Neubecker [Neubecker 1977a] berichtet.

Vielmehr organisierte er als Hauptverbindungs- mann des SPD-Exilvorstandes die illegalen Zusammenarbeit mit der Exil-SPD in Prag und war maßgeblich an der Organisation des illegalen Bundesvorstands der Partei beteiligt.

Nur kurze Zeit nach dem Verbot der SPD aber wurde Franz Klühs am 16. August 1933 verhaftet und in das KZ Columbia-Haus gebracht, wo er mehrere Wochen festgehalten und schwer misshandelt wird. Anschließend wurde er im Polizeigefängnis am Alexanderplatz und danach im Untersuchungsgefängnis Moabit inhaftiert.

Nach fast einem Jahr in Haft wurde er am 20. Juni 1934 vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts in



Leipzig der »Vorbereitung zum Hochverrat« und des »Verstoßes gegen das Gesetz über die Neubildung von Parteien« angeklagt. Während des Prozesses widerruft Klühs seine im KZ Columbia-Haus unter Folter gemachten Aussagen und bekennt sich zu seiner sozialdemokratischen Überzeugung. Das Presseorgan der niederländischen Sozialdemokratie »Het Volk« berichtete über den Prozess: »Klühs machte vor Gericht als sozialistischer Kämpfer einen prächtigen Eindruck. Er erklärte, dass er seit vielen Jahrzehnten Sozialdemokrat sei und seine Überzeugung nicht geändert habe. Ruhig und sicher,

mit dem fühlbaren Übergewicht eines starken Charakters, klang seine Stimme den Richtern in den Ohren. Sie bewegten sich nicht, als Klühs erklärte, dass seine Erklärungen, abgelegt vor der Geheimen Staatspolizei und im Columbia-Haus, nichts bedeuten könnten, da sie abgelegt worden seien unter geistigem und vor allem auch körperlichem Druck, über dessen Einzelheiten er hier lieber nicht sprechen wolle.«

Klühs wird zu zwei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Als er am 20. Juni 1936 das

Tegeler Gefängnis verlässt, ist er ein kranker Mann. Franz Klühs erholte sich von den im KZ Columbia-Haus erlittenen Misshandlungen nie mehr und verstarb am 7. Januar 1938 an den Folgen der Folter.

Seine Urne wurde auf dem Heidefriedhof in Mariendorf beigesetzt, wobei ihm bei der Trauerfeier am 12. Februar 1938 mehr als tausend Menschen die letzte Ehre erwiesen.

Am 10. Dezember 1971 wurde er durch die Namensgebung der Franz-Klühs-Straße in Kreuzberg geehrt.





Geburtsdatum:

30. September 1895

Tempelhof, Paradenstraße 22

(vormals: Kaiserkorso 102)

Todesdatum:

28. Dezember 1942

Max Westphal

11

Max Westphal kam am 30. September 1895 in Hamburg als Sohn eines Hafenarbeiters zur Welt. Bei der Hamburger Niederlassung der Automobilfabrik Benz & Co. war Max Westphal erst als Bote und später als Angestellter tätig. Im Ersten Weltkrieg war er Soldat und verlor seinen linken Arm. Nach einem langen Lazarett-aufenthalt kehrte er nach Hamburg zurück und half seiner späteren Ehefrau Alice Düsedau – mit der er seit 1920 verheiratet war – bei der Herausgabe einer kleinen Zeitung, mit der während des Krieges die Verbindungen zu sozialistischen Genossen aufrechterhalten bleiben sollten. Aus der Feder Max Westphals stammen die programmatische Schrift ›Was wir wollen‹ (1921) und das Handbuch für sozialistische Jugendarbeit (1928) sowie weitere Aufsätze.

Bereits als vierzehnjähriger Büroboote hatte sich Max Westphal in politischen Jugendgruppen engagiert. Seit dem 30. August 1920 war er Mitglied des Hauptvorstandes der sozialdemokratischen Jugendorganisation ›Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands‹ und wurde am 1. August 1921 zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Ebenfalls 1921 siedelte er nach Berlin über, seit 1927 wohnte er mit seiner Familie in Neu-Tempel-



hof in der Paradenstraße 22. Im gleichen Jahre, beim Kieler Parteitag der SPD vom 22.–27. Mai 1927, wurde er mit 32 Jahren als Parteisekretär jüngstes hauptamtliches Vorstandsmitglied der SPD. Er wurde 1932 in den preußischen Landtag gewählt und stimmte 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz. Obwohl er nach dem Machtwechsel 1933 zu den gefährdetsten Politikern gehörte und täglich mit seiner Verhaftung rechnen musste, lehnte er es ab, ins Ausland zu flüchten. Er war – wie auch Franz Klühs – Verbindungsmann zwischen den im Reich gebliebenen und den emigrierten SPD-Mitgliedern.



Neuwahleines Parteivorstandes in Berlin.

Ueber eine Sitzung der in Berlin anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes mit Vertretern aus den Bezirken und mit den Vorständen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion, die am Montag dem 14. Juni im Preußischen Landtag stattgefunden hat, berichtet das Conti-Büro, daß in dieser Sitzung die Mitglieder des Parteivorstandes ihre Aemter zur Verfügung gestellt haben. Die Konferenz beschloß, die Führung der Parteigeschäfte den Genossen Westphal, Stelling, Rinner und Künstler zu übertragen, unter Hinzuziehung der Vorsitzenden der Reichstags- und Landtagsfraktionen, der Genossen Löbe und Szillat.

Die Beschlüsse der Fraktionen über das Verbleiben des Sitzes der Leitung der SPD. in Deutschland wurde durch die Annahme folgender Erklärung erneut bekräftigt:

„Der neugewählte Parteivorstand in Berlin hat allein die verantwortliche Führung der Partei. Solche Parteigenossen, die ins Ausland gegangen sind, können keinerlei Erklärungen für die Partei abgeben. Für alle ihre Äußerungen lehnt die Partei jede Verantwortung ausdrücklich ab.“

In einer weiteren Veröffentlichung des VDZ-Bureaus über diese Sitzung heißt es, daß der neue Vorstand aus sechs Mitgliedern mit gleichen Rechten bestehe. In der Sozialdemokratischen Partei herrsche also nicht das Führerprinzip, ja es ist nicht einmal ein Vorsitzender dieses neuen Gremiums bestimmt worden. Aufgabe dieses verkleinerten Parteivorstandes dürfte es, wie das VDZ-Bureau weiter meldet, zunächst sein, zu versuchen, mit der Regierung Verhandlungen darüber anzubahnen, ob die in Schutzhaft befindlichen sozialdemokratischen Führer freigelassen und das beschlagnahmte Parteivermögen freigegeben werden könne.

Im Rahmen einer Massenverhaftung von SPD-Mitgliedern Ende Juni 1933 – am 22. Juni 1933 war die SPD verboten worden – verlor auch Max Westphal seine Freiheit. Im Juni 1933 wurde Westphal für fünf Monate in ›Schutzhaft‹ genommen, während der er gemeinsam mit Paul Löbe im Gefängnis in Spandau inhaftiert war.

»Nach der Entlassung aus dem Gefängnis versuchte Max Westphal auf jede erdenkliche Weise seine vierköpfige Familie durchzubringen. Die Tätigkeit als Versicherungsagent untersagte ihm die Gestapo. So schuf er sich ein kleines Handelsunternehmen (Kaffeehandel), das er vorsichtigerweise auf den Namen seiner Frau schreiben ließ« (Osterroth 1960, S. 333).

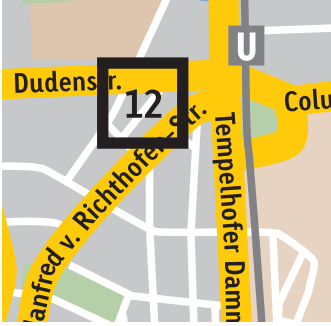
Am 19. Dezember 1938 wurde er erneut verhaftet. Ihm wurde wegen der Weiterleitung von aus dem Ausland stammenden Spendengeldern an notleidende SPD-Mitglieder ›Vorbereitung zum Hochverrat‹ vorgeworfen. Max Westphal saß bis zum 30. Oktober

1939 (zusammen mit Gertrud Klühs) in Untersuchungshaft. Wegen mangelnder Beweise musste er freigesprochen werden. Er wurde aber nicht freigelassen, sondern von der Geheimen Staatspolizei in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt.

Als Max Westphal im Mai 1940 endlich aus der KZ-Haft entlassen wurde, war er ein kranker Mann, der nicht wieder genesen sollte. Er wurde unter Polizeiaufsicht gestellt, was bedeutete, dass er seine Wohnung in der Paradestraße nach 21 Uhr nicht mehr verlassen durfte.

Später kam Max Westphal für kurze Zeit bei der Tempelhofer Maschinenfabrik Eduard Linnhoff (Oberlandstraße 104–107) als Angestellter unter. Er lebte nicht mehr lange. Am 28. Dezember 1942 starb er im Charlottenburger Hildegard-Krankenhaus. Bei seiner Beerdigung am 2. Januar 1943 gaben ihm sehr viele Genossinnen und Genossen das letzte Geleit.

Das Grab von Max Westphal befand sich ursprünglich auf dem Tempelhofer Friedhof in der Germaniastraße. Als dieser dem Bau einer Autobahn weichen musste, wurde das Grab nach Hamburg-Ohlsdorf überführt.



Geburtsdatum:

27. Mai 1887

Tempelhof, Burgherrenstraße 4

Todesdatum:

6. Oktober 1942

Dr. Erich Kuttner

12

Am 27. Mai 1887 wurde Erich Kuttner in Schöneberg (damals ein Vorort von Berlin) geboren. Seine Eltern waren der Kaufmann Bernhard Kuttner (1851–1908) und dessen Ehefrau Lina, geborene Kaufmann (1861–1924). Beide Eltern waren jüdischen Glaubens. Bis zu seinem Austritt am 3. Mai 1911 war er Mitglied der jüdischen Gemeinde. Erst dreißig Jahre später trat er 1941 wieder zum Judentum über.

Von 1893 bis 1904 besuchte er erst drei Jahre die Vorschule zum Gymnasium und dann neun Jahre das Königliche Wilhelms-Gymnasium in Tiergarten. 1905 begann er an der Berliner Universität ein Jura-Studium, welches er in München fortsetzte. Nach dem Referendarexamen (1909) und der Referendarzeit war er 1913 bis 1916 Volonteur bei der sozialdemokratisch orientierten ›Chemnitzer Volksstimme‹, nachdem er am 15. Februar 1912 SPD-Mitglied geworden war. 1916 trat er in Berlin in die Redaktion des ›Vorwärts‹ ein, dessen ständiger Mitarbeiter er auch nach dem Wechsel zur ›Glocke‹ 1922 blieb.

Während des Ersten Weltkrieges meldete er sich 1915 freiwillig an die Front und kehrte 1916 schwer verwundet zurück. 1917 war er Mitbegründer des



Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und wurde dessen erster Vorsitzender.

Dr. Erich Kuttner war seit dem 15. März 1916 mit der am 21. August 1883 in Berlin geborenen Frieda Rankwitz verheiratet. Die Ehe blieb kinderlos. Frau Kuttner starb sechs Jahre nach der Ermordung ihres Mannes 1948 in einem Amsterdamer Krankenhaus.

Von 1918 bis 1926 lebte das Ehepaar in einer Parterrewohnung in der Mussehlstraße 24 und anschlie-

ßend bis zum 23. März in Neu-Tempelhof, in der Burgherrenstraße 4.

1921 wurde Dr. Erich Kuttner außerdem Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtages und blieb bis zur Landtagsauflösung 1933 einer ihrer besten Redner. Im Landtag hatte er eine führende Rolle bei der parlamentarischen Untersuchung der Fememorde. Von 1924 bis 1927 war er außerdem noch Chefredakteur von ›Lachen links‹ und veröffentlichte seit 1913 mehrere Bücher, Broschüren und Aufsätze zu politischen Themen und auch Liebesgedichte. Thematisch richteten sich seine Schriften besonders gegen die Klassenjustiz.

Am 5. März 1933 – an diesem Tag fanden die letzten Wahlen zum Reichstag und zum Preußischen Landtag statt, und Kuttner wurde wiedergewählt – wurde er in seiner Wohnung von vier SA-Männern festgenommen und in einem SA-Lokal schwer misshandelt. Am 2. Mai 1933 – dem Tag, an dem die Gewerkschaftshäuser gestürmt wurden – emigrierte Dr. Erich Kuttner über Prag nach Amsterdam, wo er weiter als Journalist tätig war. Ende 1936 ging er als Korrespondent nach Spanien und kehrte im Jahr darauf aufgrund einer Verwundung aus dem Bürgerkrieg wieder nach Amsterdam zurück.

Im Exil trat Erich Kuttner für die Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD ein. Am 14. Mai 1940 unternahm er, vier Tage nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Niederlande, einen Selbstmordversuch.

Anschließend musste er im Untergrund leben, bevor er am 10. April 1942 festgenommen wurde. Er kam erst in das Gefängnis Weteringschams und dann in das Durchgangslager Amersfoort, bevor er in das Konzentrationslager Mauthausen deportiert wurde. Hier wurde er – so die offizielle Version, die Frieda Kuttner mitgeteilt wurde – am 6. Oktober 1942 ›auf der Flucht erschossen‹.

Literaturliste zu Stolpersteinen:

Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus aus dem Bezirk Tempelhof

Hrsg. BA Tempelhof, Nov. 1987, Texte: Kurt Schilde

Widerstand in Schöneberg und Tempelhof

Hrsg. Gedenkstätte Deutscher Widerstand, 2002,

Text: Dr. Heinrich-Wilhelm Wörmann

Erinnern und nicht vergessen

[Dokumentation zum Gedenkbuch]

Hrsg. BA Tempelhof, 09.11.1988, Kurt Schilde

Vom Columbia-Haus zum Schulenburgring

Hrsg. BA Tempelhof, 1987, Kurt Schilde

Columbia-Haus, Berliner Konzentrationslager
1933–1936

Hrsg. BA Tempelhof, 1990, Kurt Schilde und
Johannes Tuchel

100 Jahre Arbeiterbewegung in Tempelhof

Hrsg. Verein zur Heimatpflege, Heimatkunde,
Geschichte und Kultur Tempelhofs, 1991

Erlebte Geschichte – Arbeiterbewegung und anti-
faschistischer Widerstand in Tempelhof

Hrsg. Kollektiv um Emil Ackermann und Wolfgang
Szepansky, paper press Verlag

Eva-Maria Buch und die »Rote Kapelle«

Hrsg. Kurt Schilde, Berlin 1993

Chronik Tempelhof [Reihe Vorabdruck Nr. 4]

Wort- & Bild-Specials, Hans Peter Heinicke, 1988

»Was ich will, soll Tat werden« –

Dr. Erich Kuttner 1887–1942

Hrsg. BA Tempelhof, 1990, von Bart de Cort,
Redaktion: Kurt Schilde,

Tempelhofer Einblicke

Hrsg. Matthias Heisig, Sylvia Walleczek

»Die Gespräche drehten sich vielfach um
die Reise, die wir alle antreten müssen.«

Hrsg. Evang. Kirchenkreis Tempelhof, Berlin 1988,
Michael Kreutzer

Neutempelhofer Einsichten

Broschüre von Friedhelm Schmuck

Siegfried Mielke [Hg.]: Gewerkschafter in
den Konzentrationslagern Oranienburg und
Sachsenhausen. Biographisches Handbuch.

Band 1, Berlin 2002, S. 293–296

Über Hildburghausen ins dritte Reich

H.W. Gerhard, d. i. Gerhard Wartenberg, zweite
Auflage, 1981, AHDE-Verlag, Berlin

sowie

Archiv zur Geschichte von Tempelhof und
Schöneberg, Hauptstr. 40/42, 10827 Berlin

Landesarchiv Berlin, Eichborndamm 115–121,
13403 Berlin

Bundesarchiv, Potsdamer Str. 1, 56075 Koblenz

Danksagungen

Zu danken ist den Mitgliedern des Stolpersteine B 96 e.V. für ihr ehrenamtliches Engagement und die finanzielle Unterstützung des Projekts. Ohne ihren Einsatz wäre die vielfältige Vereinsarbeit undenkbar gewesen.

In besonderer Weise danken wir den Patinnen und Paten der Stolpersteine für ihre Bereitschaft, Verantwortung für jeweils einen Gedenkstein zu übernehmen. Besonders danken wir den Anwohnerinnen und Anwohnern in der Burgherrenstraße für ihre Unterstützung. Den engagierten Lehrerinnen und Lehrern sowie den Eltern der Rudolf-Hildebrand-Grundschule danken wir für ihren Einsatz für den Gedenkstein zu Ehren Günther Keils.

Das Konzept der Stolpersteine wurde von Gunter Demnig erfunden und bis heute über fünfzehntausendfach in Europa realisiert. Für die Umsetzung in Berlin sind die Gedenkstätte deutscher Widerstand sowie der Schöneberger Kulturarbeitskreis zuständig. Besonders danken wir den Museen Tempelhof-Schöneberg sowie namentlich Frau Liebau und Frau Emmerich für ihr Engagement.

Für die Recherche biografischer und historischer Fakten konnten wir auf einen umfangreichen Bestand an Gedenkbüchern des Bezirks zurückgreifen. Besonders zu erwähnen ist auch das Landesarchiv Berlin, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter uns stets für Anfragen und Recherchen zur Verfügung standen.